

Eingang:

Frankfurt am Main, 19.02.2009

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer

**NPD-Verbot jetzt!
Keine Toleranz gegenüber rechtsextremer Gewalt!**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für ein sofortiges Verbot der NPD aus.
- 2) Der Magistrat wird beauftragt, sich auf allen Ebenen für ein sofortiges Verbot der neonazistischen NPD einzusetzen.
- 3) Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, als Vizepräsidentin des Deutschen Städte- und Gemeindetages dort eine entsprechende Initiative einzubringen, um einen Beschluss des Verbandes zu erwirken.

Begründung:

Bundesweit hat die Zahl der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten im vergangenen Jahr einen Höchststand erreicht: bei insgesamt 14.000 Straftaten wurden 773 Menschen von neonazistischen Schlägertrupps verletzt – das sind 170 mehr als in 2007. Auch Hessen und Frankfurt sind von den Gewaltexzessen mittel- oder unmittelbar betroffen. Nachdem im vergangenen Sommer zwei junge Menschen im Schwalm-Eder-Kreis, die an einem Zeltlager der Linksjugend [’solid] teilgenommen haben, Opfer rechtsextremer Gewalt geworden sind, gibt es aktuell wieder einen neonazistischen Übergriff, der Empörung hervorruft.

Am Samstag, den 14. Februar 2009 wurde auf der Autobahnraststätte Teufelstal in Thüringen ein Bus des hessischen DGB von Neonazis angegriffen. Der Bus befand sich auf dem Rückweg aus Dresden, wo insgesamt knapp 15.000 Menschen gegen einen Aufmarsch von 5.000 Faschisten unter dem Motto „Geh denken“ demonstriert hatten. Bei dem Überfall wurden fünf Gegen-demonstrantInnen – zum Teil lebensgefährlich – verletzt; einem Gegendemonstranten wurde von den Neonazis der Schädel eingeschlagen, sodass er einer schweren Operation unterzogen werden musste. Die Täter kommen unter anderem auch aus Frankfurt.

Die NPD in Sachsen und im Bund hatte massiv zur Nazi-Kundgebung mobilisiert und nutzt ihre Infrastruktur, um rechtsextreme Gewalttäter aus dem gesamten europäischen Ausland zu ihren „Demonstrationen“ zu karren. Ein direkter Zusammenhang zwischen dem „legalem“ Wirken der „Partei“ und ihre Mitverantwortung für die oben genannten Übergriffe ist mehr als offensichtlich.

Zudem nutzt die „Partei“ ihre Präsenzen im Internet für Verharmlosung, Lüge und Propaganda. So heißt es in einer auf der Homepage der „Bundespartei“ veröffentlichten Erklärung am Montag, den 16. Februar 2009:

„Die jetzt von den Systemmedien, DGB und DIE LINKEN in heuchlerischer Weise beklagten und beweinten Opfer sind alle ausschließlich Gewalttäter, die zwischen unsere Leute gerieten, die den Bus schützten und jenen, die vom Rasthaus zurückkamen.“

Ohne ein Verbot der NPD belässt man ihr die organisatorische Fähigkeit, Lügen zu verbreiten und Aktionen vorzubereiten, die letztlich zu Übergriffen, wie in Schwalm-Eder, Passau und – aktuell – in Thüringen führen.

Es ist die Verantwortung aller Demokraten, auf allen Ebenen, sich für ein umfassendes Verbot der NPD einzusetzen.

DIE LINKE. Fraktion im Römer

Lothar Reininger
Fraktionsvorsitzender

Antragsteller:

Stv. Yildiz Köremezli-Erkiner
Stv. Hans-Joachim Viehl
Stv. Carmen Thiele
Stv. Zehra Ayyildiz
Stv. Udo Mack
Stv. Silke Seitz